

Zunächst stellte Herr Lübken die in der Anlage zur Sitzungsvorlage dargestellte Übersicht zur Verfahrensweise der Elternbefragung mit den Varianten Vollbedürfnis, Teilbedürfnis und kein Bedürfnis sowie die für die Elternbefragung vorgesehene Zeitplanung vor.

Danach sei vorgesehen, die Befragung für die Klassen 1 bis 3 der Grundschulen im Zeitraum vom 30.04.2009 bis 08.05.2009 durchzuführen. Die Auswertung erfolge im Zeitraum vom 09.05.2009 bis 22.05.2009. Die für den Ratsbeschluss notwendige Sitzungsvorlage könne im Zeitraum vom 23.05.2009 bis zum 03.06.2009 gefertigt werden, um diese am 04.06.2009 zu verschicken und in der Sitzung des Rates der Stadt Sankt Augustin am 17.06.2009 könne dann der entsprechende Beschluss gefasst werden.

Seitens der SPD-Fraktion wurde an der Zeitplanung Kritik geübt, da für die Abfrage lediglich ein Zeitraum von einer Woche vorgesehen sei, für die Auswertung jedoch drei Wochen. Es wurde daher der Antrag gestellt, den Zeitraum der Abfrage mindestens zu verdoppeln, bis zum 30.04.2009 eine Informationsveranstaltung zur Gesamtschule für die Eltern durchzuführen sowie den Fragebogenentwurf dem Ausschuss bis zur Sondersitzung am 28.04.2009 vorzulegen und die Elterninitiative in die Beratungen einzubeziehen.

Herr Lübken wies die an der Vorgehensweise geäußerte Kritik zurück. Er führte aus, die Verwaltung verfare lediglich auf Basis des einschlägigen Ratsbeschlusses. Der dieser Befragung zugrunde liegende Fragebogen werde selbstverständlich ordnungsgemäß erstellt und die notwendigen Informationen würden von den Eltern abgefragt. Eine Informationsveranstaltung sei nicht erforderlich, da davon ausgegangen werden könne, dass die Eltern ausreichend über die Schulform Gesamtschule informiert seien. Eine Verlängerung des Befragungszeitraumes werde seitens der Verwaltung für unzulässig gehalten, um für die Elterninitiative schnellstmöglich eine entsprechende Entscheidung herbeizuführen.

Herr Lübken wies auch noch einmal darauf hin, dass die Verwaltung in der letzten Ratssitzung dafür gescholten wurde – ohne dass überhaupt ein Zeitplan vorgelegen habe, sie würde das Verfahren verzögern wollen. Die Verwaltung habe entsprechend des Ratsbeschlusses schnell gehandelt und einen sehr engen, auf die Ratssitzung am 17.06.2009 abgestimmten Zeitplan für die Elternbefragung vorgelegt. Jetzt wiederum werde der Verwaltung vorgeworfen, sie würde zu schnell handeln. Dies sei paradox und stelle mithin einen unüberwindbaren Widerspruch in der Argumentation der SPD-Fraktion dar.

Herr Wagner dankte der Verwaltung für die schnelle Umsetzung des Ratsbeschlusses, so dass die Elternbefragung zügig durchgeführt werden könne und spätestens am 17.06.2009 ausgewertet sei. An der vorgestellten Zeitplanung sei nichts zu bemängeln.

Auf Nachfrage von Herrn Waldästl, ob der Ausschuss für Schule, Bildung und Weiterbildung vor der Entscheidung im Rat nochmals mit der Problematik befasst und der Fragebogen dort vorgelegt werde, verneinte dies Herr Lübken.

Daraufhin gab Herr Waldästl zu Protokoll, er sei mit den Ausführungen des zuständigen Beigeordneten nicht zufrieden und diese seien auch nicht zutreffend. Er sei ferner der Auffassung, der zuständige Beigeordnete informiere die Ausschussmitglieder nicht ausreichend über den Sachstand.

Herr Köhler fragte, ob der Auswertungszeitraum von zwei Wochen zwingend benötigt werde oder ob die Möglichkeit bestehe, von diesem Zeitraum etwas zugunsten der Befragung zu verschieben.

Herr Krämer-Mandau erläuterte ausführlich die Vorgehensweise bei der Elternbefragung. Er teilte mit, dass er in diesem Zusammenhang seitens der Verwaltung befragt wurde, wie ein möglichst hoher Rücklauf zu erzielen sei. Auf diesen Aspekt sei die Vorgehensweise explizit abgestimmt worden und es sei auch noch ein entsprechender Pufferzeitraum eingeplant worden, um einen großen Rücklauf zu erzielen.

Herr Lübken nahm den Wunsch des Vorsitzenden mit dem Hinweis zur Kenntnis, die Verwaltung könne über eine Verlängerung des Befragungszeitraumes nachdenken.

Im Anschluss ließ der Vorsitzende über die beiden nachfolgenden Änderungsanträge abstimmen:

„Die Verwaltung wird beauftragt, vor dem 30.04.2009 eine Informationsveranstaltung zur Gesamtschule für die Eltern durchzuführen.“

**Mehrheitlich nein**

**Jastimmen 6 Neinstimmen 8**

„Die Verwaltung wird beauftragt, den Fragebogen für die Elternbefragung in der Sondersitzung des Ausschusses für Schule, Bildung und Weiterbildung am 28.04.2009 vorzustellen und die Elterninitiative in die Beratung einzubeziehen.“

**Mehrheitlich nein**

**Jastimmen 6 Neinstimmen 8**

Anschließend nahm der Ausschuss die dargestellte Verfahrensweise hinsichtlich der Feststellung eines Bedürfnisses zur Errichtung einer Gesamtschule zur Kenntnis.